



**KEIN WALD  
FÜR KOHLE!**

Bürgerinitiative "Kein Wald für Kohle"  
c/o Dagmar Zimmermann, Stefan Husch  
Am Sonnenhang 3  
65321 Heidenrod  
info@kein-wald-fuer-kohle.de

Herrn  
Innenminister Peter Beuth  
Hessisches Ministerium des Innern und für Sport  
Friedrich-Ebert-Allee 12  
65185 Wiesbaden

Heidenrod, 16.08.2020

## OFFENER BRIEF

Sehr geehrter Herr Innenminister Beuth,

wie Ihnen bekannt ist, plant die Gemeinde Heidenrod die Ausweisung eines Industriegebiets um eine Grillkohlefabrik anzusiedeln. Trotz der behaupteten Bürgernähe wird von oben nach unten straff durchgeführt. Zur Information des Bauausschusses am 17. Juni wurden ausschließlich wortgewandte Befürworter als "Experten" geladen.

Der Bürgermeister gehört zum Vorstand der FSC-Organisation und hat dessen Mitarbeiter als Sprachrohr genutzt. Die Carbonex AG liess sich durch ihren Marketing-Partner Earthworm loben. Und die Fabrikantenfamilie Soler-My hatte ihren sogenannten "Freund des Hauses" mitgebracht. Nicht erwähnt wurde, das es sich bei Philipp D. Hauser um einen professionellen Projektentwickler der Energiewirtschaft handelt. In Verkäufermanier beschrieb er statt lärmender Grillkohle-Industrie eine harmlose "Biofabrik" im Grünen.

Eine Podiumsergänzung durch Projektkritiker wurde abgelehnt und auf den Bürgerentscheid verwiesen. Dazu hat die Gemeindevertretung jedoch am 26. Juni eine einseitige Fragestellung beschlossen. Die zu entscheidende Frage umfasst 83 Wörter (!) und lautet:

"Sind Sie dafür, daß die Gemeinde Heidenrod die Ansiedlung des mittelständischen Unternehmens Carbonex zur Herstellung von Holzkohle und Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Quellen als Beitrag

- zum globalen Klimaschutz
- zur Waldpflege und Holzabsatz
- zur Arbeitsplatzschaffung
- und zur Verbesserung der Finanzlage der Gemeinde

weiterhin unterstützt, dafür ein gemeindeeigenes Grundstück in der Größe von bis zu 17 ha zur Verfügung stellt und ein eingeleitetes Bauleitverfahren, das sicherstellt, dass keine nachteiligen Wirkungen von dem Betrieb ausgehen, fortsetzt und im Genehmigungsfall die notwendigen rechtlichen und fiskalischen Voraussetzungen sicherstellt?"

Wir beantragen für die von der Gemeindevertretung Heidenrod zum Bürgerentscheid beschlossenen Fragestellung die

Kommunalaufsichtliche Prüfung

Begründung:

1. Derartige Suggestivfragen werden zunehmend genutzt, wie der aktuelle Bürgerentscheid zur Citybahn in Wiesbaden zeigt. Dort hatte sich die FDP an die Kommunalaufsicht - den

Innenminister - gewandt, um die Rechtmässigkeit der Fragestellung von 40 Worten zu überprüfen. Das Hessische Innenministerium teilte daraufhin mit, dass ein Vertreterbegehren unzulässig wäre, wenn der Bürger am Ende der Frage nicht mehr wüsste, wie denn jetzt die Frage laute. In der Citybahn-Frage sei eine derartige Überladung mit Erläuterungen nicht zu erkennen.

Die Entscheidungsfrage zu Carbonex ist mit 83 Worten mehr als doppelt so lang und mit vielen Verschachtelungen eindeutig überladen. Für einen solchen Bandwurmsatz bekäme jeder Schüler ein "ungenügend". Es ist daher geboten, diese unübersichtliche und suggestive Fragestellung nicht zuzulassen.

2. Wenn die Kommunalaufsicht hinsichtlich der "Überladung mit Erläuterungen" keinen Handlungsbedarf sieht, wäre den BürgerInnen z.B. auch diese Fragestellung zumutbar:

„Sind Sie dafür, daß die Gemeinde Heidenrod entgegen ihrem ländlichen Leitbild "Natur erleben" in jedem beliebigen Ortsteil ein Industriegebiet für die französische Aktiengesellschaft Carbonex zur giftigen und klimaschädlichen Produktion nicht lebensnotwendiger Grillkohle als Beitrag

- zum CO<sub>2</sub>-Ausstoss statt zur CO<sub>2</sub>-Aufnahme
- zum Vernichten als CO<sub>2</sub>-Speicher dringend benötigter Bäume
- zum Austrocknen und Verdichten der Waldböden und
- zum bereits heute erschreckenden Waldsterben

weiterhin unterstützt, dafür über 23 Hektar Wald - für Erholung und Tourismus unwiederbringlich - unschlagbar billig (15 Euro/qm) verkauft, auf Gewerbesteuer jedoch dank cleverer Unternehmensberater kaum hoffen kann, für wenige Billiglöhnerjobs viel zusätzlichen Schwerlastverkehr in die Region bringt und trotz aller Nachteile für Bevölkerung und Umwelt eine Bauleitplanung fortsetzt, die mit politisch gesteuerten Behörden und durch gezielte Gutachten allein auf den wirtschaftlichen Erfolg bestimmter Personen abzielt?"

3. Gemeindevertreter sollten Respekt vor den WählerInnen zeigen, indem sie öffentliche Entscheidungsfragen ergebnisoffen gestalten. Unfair formulierte "Bürger-Entscheide" dienen nicht der behaupteten Willensäußerung, sondern tragen im Gegenteil zu Politikverdrossenheit bei. In diesem Zusammenhang wurde mehrfach der Begriff Bananenrepublik benutzt.

Ein gleich lautendes Schreiben haben wir dem Landrat des Rheingau-Taunus-Kreises übersandt.

Mit der Bitte, Ihr Aufsichtsrecht wahrzunehmen verbleiben wir mit freundlichen Grüßen

BI Kein-Wald-für-Kohle

Dagmar Zimmermann

Stefan Husch

nachrichtlich:  
Presseverteiler